

Erbschaftskataster
nachmitt. mit Anwesenheit
der Beamten und Notare.

Abonnementpreise
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1.20 Mk.
jährlich, frei ins Haus.
Durch die Post zugew.
1.65 Mk. zinkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pf.

Rezeptions-Anschlüsse:
Rezeption: Nr. 808.
Expeditoren: Nr. 1047.
Einsammler-Bureau:
Polsterei: Halle a. S.

Sozialist

Insertionsgebühren
betragen für die 6 gespaltene
Zeile oder deren Raum
20 Pfennig.

Die monatliche Ausgabe
30 Pfennig.

Im abonnentenlos Karte
kann die Beilage 75 Pfennig.

Insertate
für die 6 spaltigen Zeilen
während 14 Tagen der
Kapitulation aufgezogen
sein.

Eintragungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Die Lebensmittelteuerung.

Keine Aufhebung der Futtermittelzölle!

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des großhändlerischen Bundes der Landwirte, beschäftigt sich jetzt auch in längeren Ausführungen mit der drohenden Lebensmittelteuerung, aber sie geht in ihren Ausführungen viel mehr die Weite, den Woblen in der Landwirtschaft nicht noch zu tun, als den Woblen, aber schon gar der höchsten Bevölkerung zu nützen. „Dah die Preise der Nahrungsmittel steigen werden, ist zu vermuten“, das gibt auch sie zu. Sie läßt sich aber dadurch keineswegs aus dem seelischen Gleichgewicht bringen, sondern lehnt alle Wahrsagen, die geeignet sind, der Lot zu steuern, rundweg ab. Selbst die von der Kreuzzeitung ernstlich erhobene Forderung, die Kommandoverwaltung sollten den Woblen des Zwischenhandels steuern, versteht sie mit fast einschränkenden „mittelsandfeindlichen“ Bemerkungen.

Sie gibt zu, daß die Herabsetzung der Bahnfrachtarife für Futtermittel nicht mehr sind als „ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Für die Bauern hat sie aber nur den eventuellen Vorschlag der Gewährung zinsfreier Darlehen und bleibt damit hinter der sozialdemokratischen Forderung einer durchgreifenden Schuldenentlastung des Bauernstandes weit zurück. Man erfährt aus ihm auch nichts darüber, wer die Zinsen der gewährten zinsfreien Darlehen nun eigentlich bezahlen soll, obwohl der Gedanke naheliegt, diese Last auf die leistungsfähigen Schultern des Großgrundbesitzes zu legen. Die vielerortsige Solidarität zwischen den Großen und den Kleinen in der Landwirtschaft fände hier eine hohe Gelegenheit, sich auch einmal anders zu betätigen als in leeren Reden.

Daher lehnt die Deutsche Tageszeitung die Aufhebung der Futtermittelzölle ab, obwohl diese Maßregeln, nur ein Verkaufsgewinn der Großen beinträchtigen, den Futtermittelproduzenten keinen Nachteil oder nicht weniger. Auch die Befreiung der Vieheinfuhr von drückenden Zöllen findet nicht ihren Beifall, angeblich wegen der vom Ausland drohenden Zerstörung. Zugleich muß sie melden, daß sich die Zahl der von Maul- und Klauenseuche betroffenen Gemeinden und Gebötte trotz aller Vorkehrungen in der ersten Hälfte des August verdreifacht hat. Das Verlangen nach der Einfuhr von gestorenem und Viehschlacht überführt sie vollständig. Am schließlich stellt sie zur Verhütung ihrer obelischen Gärner mit, daß im Landwirtschaftsministerium weder eine Ermäßigung noch eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle erwogen wird.

„Es ist zu vermuten, daß die Lebensmittelpreise steigen werden.“ Was soll dagegen geschehen? Die Antwort der Agrarier lautet: Gar nichts!

nächst eine bedeutende Steigerung erfahren. Ein gleiches wird auch aus den holländischen Grenzgebieten gemeldet.

Die Ermäßigung der Zölle, ein österreichisches Zentrumblatt, schreibt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage des Handels in Österreich:

Die fortwährende Steigerung aller Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse sowie die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Verheerung von Handel und Gewerbe durch die Erhöhung der Beamtengehälter hat in den letzten Jahren zu einer empfindlichen Einschränkung der allgemeinen Lebenshaltung in allen Handwerkerfamilien geführt. Fast in allen Handwerkerfamilien sind die Preise für Rohmaterialien und Halbfabrikate gestiegen, zumal die neuen Steuern dem Großhandel geeigneten Anlaß boten, die Preise für Rohmaterialien um, umgewandelt in die Höhe zu schrauben.

Das Zentrum hat zusammen mit den Konserativen die neuen Steuern sowie den Zolltarif, der die Verteuerung aller Lebensmittel brachte, dem deutschen Volk aufgebürdet, das sollte die Ermäßigung der Zölle, wenn es diese Volksgüter dieser Hoffnung berechtigt.

genossen für ihre unaufrichtigen Zwecke auszunutzen. Die Berliner Neuesten Nachrichten sagen von „Sochbera“, ohne daß sie sich die Mühe nehmen, diese fidele Zensur in irgend einer Weise zu begründen. Wie heute die politischen Verhältnisse liegen, ist es kein Wunder, daß die Zentrumspresse den Sozialdemokraten Hilfe unter die Arme greift. Es ist der schäblichsten norddeutschen Zensurpolitik, die Markt-Sozialzeitung, überschreibt ihren Artikel Volkspartei und die Pläne der Sozialdemokraten. Das ist natürlich Vießbild und bleibt es auch, wenn selbst das Berliner Tageblatt von einem „Spiel mit dem Feuer“ schreibt. Der Protest der Berliner Genossen ist nicht anders, als eine kräftige Abwehr gegen die Kriegsbeher, die angeführt der Unterbrechung des Markthandels übermäßig denn je geworden sind. Können sie doch, daß die Unterbrechung, das Worthandeln unüberwindlicher Schwierigkeiten andeute, so daß der aus Gesellschaften so lang erhaltene Krieg noch in greifbare Nähe träte. Dieser unerschütterlichen Gesellschaft gegenüber, denen Volkswohl und Volkslust gleichgültig ist, die ihrem Profit alles, auch die Sicherheit des Vaterlandes, zu opfern bereit sind, ist die schärfste Abwehr geboten; und nicht anders war der sozialdemokratische Protest. Wenn Sozialdemokraten im Vereine mit Bankerplattens- und Kanonenschießern hoffen, hier einmal im Trüben fischen zu können, so irren sie sich. Das Volk durchschaut die Beweggründe und läßt sich nicht täuschen.

„Hochverrat“ gegen die Kriegsbeher.

Der Protest der Berliner Sozialdemokratie.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins hielt Sonntag seine Generalsammlung ab. Die Generalsammlung nahm auch Stellung zur Marokkofrage. Das Wesentliche des Beschlusses lautet: „Es wandte sich sofort gegen die Kriegsbeher und erklärte es für die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, dahin zu wirken, daß das Volk über das soziale Spiel, das mit ihm getrieben wird, volle Aufklärung erhalte und alles aufbiete, um den Krieg zu verhindern. Es sei gesagt worden, die Sozialdemokraten würden sich an einem Angriffskrieg nicht beteiligen. Wenn die Sozialdemokraten in Deutschland kämen, um hier Kriegsgewinn zu machen, dann würde jeder Sozialdemokrat die Pflicht auf den Woblen nehmen. Aber die Sozialdemokratie stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie keinen Krieg haben wolle, und werde alles tun, was in ihren Kräften liege, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Denn der Krieg treffe in erster Linie die Arbeiterklasse, die mit Gut und Blut eingezogen habe. Den gewaltigen wirtschaftlichen Schaden, der ungeborenen Völkern, die in der Gegenwart ein Krieg, der ein Weltkrieg sein werde, im Gefolge habe, müßte die entsprechenden Schadenersatzleistungen gegenüber stehen, über die die Partei klar werden müßte. In diesem Zusammenhang erwinne der politische Waffenfriede eine erhöhte Bedeutung. Die Parteiorganisation sei nicht nur ein Wahlkörper, sondern auch eine Kampfsorganisation.“

Ohne Diskussion über das Referat wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalsammlung der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuen Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie nennt sich ebenso sehr gegen eine Festlegung in Marokko, wie gegen die Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Verammlung spricht die Überzeugung aus, daß weder die deutsche Arbeiterklasse noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil haben, daß vielmehr durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabwehrbar Konfliktlagen geschaffen werden. Mit der größten Entrüstung wendet sich die Verammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu vertuschen, das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie heranziehen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuziehen. Die Verammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterklasse, daß sie allen vorderehenden Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Unterwerfung und Vernichtung des Arbeiter-Volkstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Die Verammlung spricht ferner ihren Unwillen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgenschweren Fragen der Politik in die Hände eines kleinen Anhangs von Diplomaten legt, und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Verammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat, und daß nicht Diplomaten-Intelligenz und absolutistische Willkür Deutschlands Geschicke bestimmen. Die Verammlung bekennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schließt sich daher allen Friedensbewegungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.

Wielungen über den Diplomatenhader.

Nachdem die günstigen Diplomaten eine Erholungsperiode in ihrem Schacher eintreten ließen — Nideren-Wälder ist im Bade und Cambon in Paris — durchzuführen werden allerlei Wielungen über die „Kompensationen“, usw. über die Welt. Wir geben folgende Wielungen:

Paris, 22. August. In der hiesigen politischen Kreise ist man überzeugt, daß eine endgültige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Marokkofrage nach Überannahme der Unterhandlungen erfolgen wird. Frankreich wird jedoch nach wie vor die Illusion haben, daß die territorialen Forderungen Deutschlands bestehen. Es heißt, die Erwerbung des Hafens Bizerteville schiene jetzt mit geringem Nachdruck betrieben worden und eine Verständigung werde wahrscheinlich durch Absetzung der Insel Gernabo von seitens der Spanier erfüllt werden. Jedenfalls ist man überzeugt, daß, wenn ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommt, die Einberufung der Signatarmächte der Konferenz von Algieratz inmehrin mit in Aussicht genommen werden dürfte.

London, 22. August. Gestern schloß die wichtigste abgeklärt die Stadt, Deutschland habe an Frankreich Krieg erklärt. Die Polizei hat Nachforschungen angestellt, um die Urheber des Gerüchtes zu ermitteln. Die Nachforschungen haben zu keinem Resultat geführt.

Die englischen Kämpfe.

Der Generalkrieg ist abgedroht, obgleich aus einer Anzahl Orten die Meldung kommt, daß sich die Arbeiter weigern, den Kampf aufzugeben. Der Kampf der englischen Eisenbahner trug alle Spuren des Erwachens zum Klassenbewußtsein — der Friedensstich dagegen zeigt die typischen Züge des trade-unionistischen Vergleichsverfahrens. Laborstreik schnell ist er in London unter dem Druck des störenden Verkehrs und der Regierung zustande gekommen, die offenbar eine Weigerung unter ihrer Wirkung um jeden Preis schon aus politischen Gründen wünschen mußte. Daher mußte auch das Doppelangebot der ganzen Bewegung, in dem sich Alles und Neues wiederholt, nicht. Wer waren die Kampfmethoden und die Verdrüderung der konterrevolutionären Gewerkschaften mit der jungen Bewegung der ungelerten Arbeitermassen, die von der Entwicklung des Verkehrs und der Industrie in nicht mehr zu übersehender Übermacht geschaffen worden sind, und all find die Vergleichsmethoden, auf deren Anwendung der Friedensstich beruht. Müßt der Feststellung, daß die Eisenbahndirektionen keinerlei Abzweigungen an Streitenden vornehmen dürfen, interessiert an dem Vergleich am meisten, daß überall bei den sofortigen weiteren Verhandlungen und beim schließlichen Einigungsverfahren „Vertreter“ der Arbeiter und Angehörigen gleichberechtigt neben denjenigen der Unternehmer zugelassen sind. Wenn dies die Zulassung der Arbeiterorganisationen und ihrer Beamten bedeutet, so läge darin der wertvollste Gewinn des Friedensstiches. Dann würde etwas durchgesetzt, wogegen sich die englischen Eisenbahndirektionen bisher beharrlich sträubten und das auch den letzten, angebotenen Kampf beendete. Man wird abwarten müssen, wie die Auslegung lautet. Sonst aber werden die Abmachungen grundmäßig anfechtend nicht viel vom alten gewerkschaftlichen Einigungsstich ab, mit dem die Gesellschaften die Verbesserungen ihrer Angehörigen seit 1907 verschleppen konnten. Kein Tarifvertrag mit festen Regeln für Lohn und Arbeitszeit, sondern Behandlung der streitigen Fragen von Fall zu Fall und Entscheidung durch den Spruch paritätischer Einigungsämter. Aber aus dieses Einigungsverfahren soll erw. wenn wie die nicht übermäßig klare Abmachung recht werden, durch eine partielle Konvention mit „unabhängigen“ Vertretenden so schnell wie möglich festgestellt werden, und ihren Beschlüssen haben sich die Eisenbahner sonderbarerweise

Die sozialdemokratischen Forderungen.

1. Aufhebung der Zölle auf Getreide, Futtermittel, Schlachtvieh und Fleisch;
 2. Aenderung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch schärflich erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird;
 3. Befreiung der Bauern zur Einföhrung von Schlachtvieh und zur Herabsetzung unerschütterlicher Vorschriften, die zur Herabsetzung von Seidenzucht führen.
- Die Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rassel-Melungen ersucht den Parteitag zu Gena, diese Resolution zu seinerigen zu machen und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstags im Sinne dieser Entschließung zu wirken.“

Zwei besprechende Wielungen.

Großbritannienische Blätter berichten aus Köln: Komplette rheinische Landwirtschaftskreise berichten, innerhalb weniger Monate würden die Reisepreise eine Höhe erreichen wie nie zuvor. In großen Distrikten werden die Landwirte gezwungen, wegen völligen Futtermangels ihren Viehbestand gänzlich aufzugeben. Gegenwärtig werde viel Zugvieh abgeschlachtet. Dazu sei das Ende der Maul- und Klauenseuche nicht vorausgesetzt. Auch die Milch-, Butter- und Wolpreise werden dem-

Das Wesentliche des Beschlusses.

Es wandte sich sofort gegen die Kriegsbeher und erklärte es für die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, dahin zu wirken, daß das Volk über das soziale Spiel, das mit ihm getrieben wird, volle Aufklärung erhalte und alles aufbiete, um den Krieg zu verhindern. Es sei gesagt worden, die Sozialdemokraten würden sich an einem Angriffskrieg nicht beteiligen. Wenn die Sozialdemokraten in Deutschland kämen, um hier Kriegsgewinn zu machen, dann würde jeder Sozialdemokrat die Pflicht auf den Woblen nehmen. Aber die Sozialdemokratie stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie keinen Krieg haben wolle, und werde alles tun, was in ihren Kräften liege, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Denn der Krieg treffe in erster Linie die Arbeiterklasse, die mit Gut und Blut eingezogen habe. Den gewaltigen wirtschaftlichen Schaden, der ungeborenen Völkern, die in der Gegenwart ein Krieg, der ein Weltkrieg sein werde, im Gefolge habe, müßte die entsprechenden Schadenersatzleistungen gegenüber stehen, über die die Partei klar werden müßte. In diesem Zusammenhang erwinne der politische Waffenfriede eine erhöhte Bedeutung. Die Parteiorganisation sei nicht nur ein Wahlkörper, sondern auch eine Kampfsorganisation.“

Ohne Diskussion über das Referat wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalsammlung der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuen Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie nennt sich ebenso sehr gegen eine Festlegung in Marokko, wie gegen die Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Verammlung spricht die Überzeugung aus, daß weder die deutsche Arbeiterklasse noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil haben, daß vielmehr durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabwehrbar Konfliktlagen geschaffen werden. Mit der größten Entrüstung wendet sich die Verammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu vertuschen, das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie heranziehen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuziehen. Die Verammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterklasse, daß sie allen vorderehenden Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Unterwerfung und Vernichtung des Arbeiter-Volkstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Die Verammlung spricht ferner ihren Unwillen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgenschweren Fragen der Politik in die Hände eines kleinen Anhangs von Diplomaten legt, und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Verammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat, und daß nicht Diplomaten-Intelligenz und absolutistische Willkür Deutschlands Geschicke bestimmen. Die Verammlung bekennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schließt sich daher allen Friedensbewegungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.

Das Presse-Bureau bemerkt zu diesem Protest: Die Berliner Schachmacherpresse, allem voran die Berliner Neuesten Nachrichten, suchen den Protest der Groß-Berliner Partei

Am voraus unterworfen. Das Ganze ist ein Wirbel von unverblichenen Verprechungen in Stille des allen Schiedsgerichtsbefahrens, das ja gerade so äusserlich gescheitert und zur Verschleppung aller Arbeiterfragen von den Direktionen missbraucht war. Die Verschleppungsmaschine vollends soll nicht etwa zum Schutz der Angestellten, sondern ganz einseitig für den Profit der Eisenbahn in Bewegung gesetzt werden. Man will den Direktionen eine allgemeine Erhöhung der Fahrpreise und Transporttarife für eine Aufbesserung ihrer Angestellten zufügen, die noch gar nicht feststeht, während die Zufuhr der bauallen Eisen für eine Profitsteigerung mit sehr bestimmten Worten in den Bericht aufgenommen ist.

Die nächsten Tage dürfen schon mehr Arbeit über all diese Unredlichkeiten bringen. Möge sich der Friedenswille als ein lebensfähiges Werk herausstellen; dann muß er aber mit dem unangenehm gewählten Fortschreiten der englischen Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Reich zum Lohn für eine Schicht Vorgesetzter zur organisatorischen Verbindung aller Ausgebeuteten und zur laufenden Mitarbeit an der allgemeinen Organisation aller Arbeiter in England auf dem Marsch.

Meinungen.

London, 22. August. Während die Stadt wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen hat, lauten die Nachrichten aus der Provinz nicht sehr beruhigend. In Newcastle hat sich nur ein geringer Teil der autonomen Bahnanstellungen zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. In Manchester wird ebenfalls weiter getreibt. Die Truppen verbleiben bis auf weiteres in den betreffenden Orten stationiert.

London, 22. August. Das Streikkomitee von Liverpool erklärt gestern abend eine Verfügung, daß die Transportarbeiter heute nicht zu Arbeit zurückkehren sollen, die Kontingenten darunter fort. Aus Nottingham wird gemeldet, daß dort eine Inhaftierung unter den Eisenbahnern herrscht. Es wurde beschlossen, den Streik dort fortzusetzen.

Die Truppen haben auch die Stadt Darlington besetzt. Der bekannte Arbeiterführer Steve Hardie erklärte, der Ausstand habe seinen so bedeutenden Verlauf genommen, wie er anfänglich angenommen habe, doch müssten die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Er fügte aber hinzu, wenn die Eisenbahngesellschaften mit den Arbeitern um ihr Spiel getrieben hätten, werde er in neuer Kampfbereitschaft stehen, der noch einen viel ernstlicheren Charakter annehmen würde.

Die Kriegskosten.

Die sozialen Kämpfe erschöpfen die von der kapitalistischen Klasse als „entfesselt“ gefühlte werden. Doch sind im Vergleich zum August 1911, zu dem die letzten kapitalistischen Kämpfe festzuhalten begangen wurden, die Kontingenten heute noch größer. Während ihrer zweijährigen Dauer wurden 19 Millionen getötet; 450 verwundet und 300 Verwundungen vorgenommen. 50.000 Soldaten waren aufgegeben und 6000 Militärsoldaten der der Polizei herangezogen worden. Die Verluste der Eisenbahngesellschaften betragen 14 Millionen, die der Angestellten werden auf 4 Millionen geschätzt, der Verlust auf den Güterbahnen beträgt 6 Mill. Mark und der Verlust an Wohnhäusern 2 Millionen.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 22. August 1911.

Vom neuen Strafgesetz.

Die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches ist nach der Beratung des allgemeinen Teils; sie hat wieder einen summarischen Bericht über ihre Beschlüsse veröffentlicht, dem wir das Folgende entnehmen:

Ueber die futuristische Stellung der Vorschriften über die Schuld und Zurechnungsfähigkeit will die Kommission erst später Bescheid lassen. Im übrigen ist der Abschnitt Schuld sachlich im wesentlichen nach den Vorschlägen des Vorentwurfs erledigt worden. In Uebereinstimmung mit dem Vorentwurf ist an der Aufnahme von Begriffsbestimmungen des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit sowie von Vorschriften über Mindererwerb und Gefährdungsfähigkeit gearbeitet worden. An Abänderungen gegenüber dem Vorentwurf sind zu bemerken: In der Definition des Vorsatzes ist das Willensmoment nicht mehr besonders hervorgehoben, da dies neben der Verwirklichung des Willens überflüssig und irreführend erschien. Es ist ferner hervorgehoben worden, daß es eventuell Vorsatz nur vorliegt, wenn der Täter mit der Verwirklichung des für möglich gehaltenen Tatbestandes einverstanden ist. In der Begriffsbestimmung der Fahrlässigkeit sind beide Arten der Fahrlässigkeit — bewusste und unbewusste — hervorgehoben. In der Berücksichtigung des Zeitraums über das Strafgesetz ist die Kommission insofern noch weiter gegangen als der Vorentwurf, als die Strafmaßnahme obligatorisch vorgeschrieben ist.

Bei der Begriffsbestimmung der Anrechnungsfähigkeit ist die Kommission nicht unzufrieden mit dem Vorentwurf abgesehen.

Die Cholera und die Armut.

Konstantinopel, 19. August.

Der Mensch gewöhnt sich an alles. Wenn der Tod offen auf der Straße seine Opfer holt, täglich und hundertfach, dann verliert er den Schrecken des Ungewöhnlichen, und man blüht dem gelächelt, fast gleichgültig in die Augen. Das habe ich während der zünftigen Hungersnot bei der Sterbedemokratie wahrgenommen. Das habe ich jetzt in der Türkei bei der Cholera-epidemie.

Ich lehre soeben von einer Wanderung durch die Choleraherde von Konstantinopel zurück. Meine Journalistenfartete öffnete mir alle Abgründe. Und das ist der unheimlichste aller Eindride, die ich hinwegzutriebe, die Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung aus den Fenstern zulaufte, wie man zitternde und Zote hinwegschickte. Man hat sich eben daran gewöhnt. Das ist die Cholera; sie kommt und holt sich ihre Opfer. Nicht kennt man das und registriert einfach die Tatlade. Und wenn man sich herbeigewandt hat, beginnt man sich nicht über die Cholera, sondern über die sanitären Maßnahmen.

Die Ärzte und Behörden entziehen sich darüber, und alle Welt kämpft über den Stumpfheit der Massen. Die Sache hat aber ihren tieferen Grund. „Die haben es gut —“ sagte mir ein Arbeiter in einer cholera-beraubten Straße und zeigte auf ein Haus, das, weil sich darin Choleraerkrankte befanden, abgeperrt war — denen gönnt man zu essen; wir aber gehen bald verhungert herum! Das hängt so zusammen: wird ein Cholerafall konstatiert, so wird das Haus abgeperrt; niemand darf hinein oder hinaus. Da die Leute infolge dessen nichts verdienen können, gibt ihnen die Munizipalität Abrahamsmilch. Die Einwohner der Häuser, in denen noch kein Cholerafall vorgekommen ist und die folglich nicht abgeperrt sind, erhalten, selbstverständlich, keine Unterstützung, Da aber das ganze Stadtviertel wegen

Nach ihrem Bescheid ist als unzurechnungsfähig anzusehen, weil wegen krankhafter Störung der Geistesfähigkeit oder Bewusstseinsstörung nicht die Fähigkeit besteht, das Angebot seiner Tat einzusehen oder seinen Willen in dieser Hinsicht fest zu bestimmen. Hinsichtlich der verminderten Zurechnungsfähigen hat die Kommission der im Vorentwurf vorgesehenen Strafmaßnahme zugestimmt und ferner beschlossen, daß Strafbewehrungen gegenüber diesen Personen ausgeschlossen sein sollen. Die Kommission hat sich vorbehalten, in den Besonderen Teil eine Spezialstrafandrohung gegen selbstbeschuldete Zeugen zu stellen, die zur Begleichung einer fassbaren Straftat beigetragen haben. Die Vorschriften über die Vernehmung Unzurechnungsfähiger und verminderten Zurechnungsfähigen in Zeits- und Pflegenanstalten sind im wesentlichen nach den Vorschlägen des Vorentwurfs angenommen worden.

In dem Abschnitt Strafantrag ist zwischen dem materiellen Antragrecht und der Verjährung in seiner Ausübung scharf unterscheidend worden. Im übrigen sind nur einige unwesentliche Abänderungen und Ergänzungen des Vorentwurfs vorgenommen worden.

Vom Schießturse.

Der unglaubliche Schießturselaß des Herrn v. Zagow bringt, wie jeder Mensch mit hinreichend feinen Sinnen weiß, freilich die Strafbewehrungen in die Gefahr, von einer weiteren Ausdehnung eines Polizeibewehrungsangebots oder ins bessere Jenseits befördert zu werden. Was dann aus ihren Angehörigen wird, ob sie betteln gehen müssen, nachdem der Ernährer dem „Sicherheitsdienst“ zum Opfer gefallen ist, das kümmert den Staat nicht. Er kümmert sich darum nicht einmal, wenn der Getötete durch die direkte Schuld hantlicher Polizeibeamten und nicht bloß, wie in dem oben angenommenen Falle, ohne ihr Verschulden das Leben eingebüßt hat. In Berlin lebt die Witwe des unglücklichen Arbeiters Hermann, der, wie gerichtlich festgestellt ist, bei dem Mord an der Arbeiterin Karoline von zwei Schaulägern in menschenleerer Straße ohne jeden Grund niedergeschlagen und tödlich verletzt wurde. Die uniformierten Mörder sind bekanntlich bis heute nicht gefunden, ebensowenig aber kennt der preussische Staat daran, der Witwe eine Entschädigung zu zahlen. In einem Mandatschreiben für eine Unternehmung hat Frau Hermann vor einigen Wochen geschrieben:

Auf Ihre werthe Anfrage über mein Schicksal teile ich Ihnen mit, daß es noch sehr schlecht steht, denn es sind bereits dreizehn Jahre verstrichen, daß mein Mann tot ist, und ich noch nichts vom Staat bekomme. Es fragt noch nicht einmal einen vom Staat, ob ich mit meinen Kindern etwas zu essen habe oder Nichte bezahlen kann. Wenn ich bei Herrn Wolow und mein Rechtsanwalt nicht meiner angenommen hätten, dann müßte ich nicht, wo ein, wo aus...

Doch der Staat nobler sein wird, wenn irgendein Zivilist von einem Schumann unmaßstäblich um die Gede gebracht wird, ist natürlich nicht annehmbar. Um so angenehmer muß der Schießturselaß des Berliner Polizeipräsidenten die Bevölkerung der Reichshauptstadt berühren. Aber der heutige Schießturselaß gehört zum System und zur Zulassung des ganzen Klassenkampfes.

Der Ex-König Manuel hofft auf Wilhelm II.

Die Deutsche Monatszeitschrift veröffentlicht das Bruchstück eines Briefes, den der portugiesische Ex-König Manuel an einen englischen Finanzmann gerichtet haben soll, und der offenbar der Zweck hat, bei diesem eine größere Anleihe für den gefürzten König zu erwirken. Das Blatt will sich darüber verbergen, daß der Brief echt sei. In diesem Briefe heißt es:

Doch England muß einfach aus Gründen der Gerechtigkeit unterstützt, ist ausgeschlossen. Anders liegt der Fall bei Spanien und dem deutschen Kaiser. Insbesondere, was diesen letzteren anbetrifft, gebe ich mich der festen Voraussetzung hin, daß Kaiser Wilhelm, der der einzige Idealist unter den europäischen Fürsten und Diplomaten ist, mich gegebenenfalls nicht im Stich lassen wird. Ich danke Ihnen für... und für Ihre Bemerkungen in den Kreisen der englischen Diplomatie über ich mir, daß Sie meinen Erfolg haben würden. Es grüßt Sie immer genaugen Manuel.

Es scheint zweifelhaft, ob dieser Brief echt ist, aber immerhin charakteristisch, daß alle diese Abrennen verurteilten gegangenen Fürsten ihre Hoffnungen auf Deutschland setzen. Das Monatsblatt verwahrt sich übrigens dagegen, daß Wilhelm II. die monarchistische Bewegung in Portugal — die zurzeit eine revolutionäre ist — unterstützen könne. Das Blatt fragt, wann und wo denn Wilhelm II. etwas ausgesprochen habe, das zu dieser Hoffnung berechtigt.

Deutsches Reich.

— Eine neue Blamage der heinrichischen Polizeistärke. Eine besonders heinrichische Mordtat ist in Schleswig-Holstein gegen die dänischen Landbesitzer geführt worden. Die Polizei schickt die dänische Forderung von Anaben; und

Studentenmühen, wenn Touristen nach Nordfriesland kamen, und eine Reihe Polizeistellen wurden häufig verhängt, weil nordfriesische Dänen auf einem jeft nebeneinander eine rote und eine weiße Blume im Anspioß trugen.

Nachdem nun seit 1865, und erst neuer, dieser Farbenkrieg die Polizei lächerlich gemacht hat, ist soeben durch Gerichtsbescheid entschieden, daß das ganze Farbenverbot ungültig ist, also der jahrelange Farbenkrieg mit allem Verhängen, Räderhengen und Denunziationsbriefen auf ungeleglicher Grundlage geführt ist.

Oesterreich-Ungarn.

Seine Fleisch-einfuhr. Die österreichische Regierung hat die in den Verhandlungen über die Fleischfrage von ungarischer Seite beanpruchten Gegenkonzeptionen abgelehnt. Da auch für die Einfuhr des in Triest lagernden Quantums von 700 Tonnen die Zustimmung Ungarns nicht zu erlangen war, müssen nach der bestehenden Fleischfrage alle Fleisch argentinisches Fleisch einführen zu dürfen, abgewiesen werden.

Die ungarischen Agrarier sperren also den österreichischen Konsumenten die billige Fleischzufuhr aus dem Ausland!

Aus der Partei.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Wir sind uns aus der Schweiz geschrieben, hatten auch unsere im Auslande lebenden Genossen in reger Spannung. In der Schweiz haben in mehreren Orten die deutschen Arbeitervereine für jede Woche einen Abend angelegt, an dem durch Rezitate und Diskussionen die Genossen über die Vorgänge in Deutschland auf dem Laufenden erhalten wurden. Der über 1900 Mitglieder zählende Sozialdemokratische Verein in Zürich hat ferner beschlossen, von jedem Mitgliede 1 Frank Extrabeitrag zu erheben und den Betrag zu gleichen Teilen den deutschen und österreichischen Genossen für die Kosten des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen. Viele Genossen, die es irgendwie erlangen können, und solche, die so wenig arbeiten können, teils in ihre Heimat zurück, um das Heim helfen zu können, die Hebröndler, Oldenburg und Konstanz in die Pässe zu hauen. Ueberall herrscht begeisterte Stimmung und in den Kreislagern der Arbeitervereine werden die Berichte in den deutschen Parteiblättern über die Schärmei mit den Feinden lebhaft diskutiert. Von den in der Schweiz bereits diesen Herbst bevorstehenden Nationalratswahlen ist dagegen noch gar nichts zu vernehmen.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Schweiz wurde Sonntag abend in Meilen eröffnet. Es sind 75 Delegierte, die Reichstagsabgeordneten und die Landesorganisation anwesend, im ganzen 122 Personen. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Pannanuch vertreten, der eine Ansprache hielt, in der er besonders auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hinwies und die Pflicht des Parteivorstandes gegenüber den erfolgten Angriffen der Presse betonte, alles genügend vorzubereiten, um in dem großen bevorstehenden Reichstagskampf erfolgreich zu bestehen.

Am Montag vormittag wurde die Sitzung fortgesetzt. Den Bericht des Zentralkomitees erstattete Genosse Schütz. Der Bericht konstatiert auf allen Gebieten der Parteibewegung einen mächtigen Fortschritt. Die politische Organisation hat um 2000 Mitglieder zugenommen, in besonders erfreulicher Weise auch die Zahl der organisierten Frauen. Nach dem Bericht des Komitees des Zentralkomitees sind die Finanzen gut; man hofft, ohne Hilfe des Parteivorstandes die Reichstagswahlen durchzuführen zu können. Eine Debatte über die Berichte fand nicht statt.

Genosse Sindermann be sprach den neuen Organisationsentwurf. Die Debatte drehte sich vor allen Dingen um drei Punkte. Einmal um die Veranschlagung der Presse in tattischer und prinzipieller Hinsicht; dann um die Ausführung von 10 Proz. an die Komitees und 3 um das Stimmrecht der Komitees in den einzelnen Kreisvorstandungen. Die Debatte darüber füllte fast den ganzen Tag aus. Schließlich wurde auf Antrag des Genossen Geyer-Weizig eine Kommission gewählt, die den Entwurf noch einmal durcharbeiten und Dienstag Bericht erstatten soll.

Ein Antrag wurde angenommen, der die Landesorganisation beauftragt, Anträge auf Erweiterung des Bauarbeitervereines in Sachjen einzubringen.

Die Jagd auf Keines Geist.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kiew wurde Montag nachmittag in den Räumen der Buchhandlung des Volksrats zu Wodum nach Heinrich Keines Wintermärchen politisch gehänselt, jedoch — „ohne Erfolg“.

Keines Geist ist für die königlich preussische Staatsanwaltschaft nicht so leicht zu erwischen wie ein sozialdemokratischer Redakteur, den die Obrigkeit erwischt, seine Adresse ins Blatt zu legen. Im übrigen — es wird immer fiderel!

Ausgleich verdirbt die Bevölkerung die Kranken. Aber einen Augenblick gibt es, wo kein Sterben mehr hilft; das ist, wenn der Tod eintritt. Dann wird die Leiche einfaß vor die Türe gelegt, wo sie oft auf offener Straße Hundebelag aufgabelt, bis die Sanitätskommission sie wahrnimmt.

Ammer von neuem erscheint die Tragödie der Sanitätskommission und die Nachbarn schauen aus den Fenstern zu. Man hat eine Gewaltmaßregel verurteilt. Man hat eine Anzahl Kranke und die Bevölkerung der cholera-beraubten Häuser aus der Stadt geschickt und in Zellen am Ufer des Goldenen Horns untergebracht. Ich war in diesem Lager der Ausgesprochenen. Hier haben sich sonstige Leute, da mag es noch hängen; beim Regen aber würde ich das ganze Lager in einen Sumpf verwandeln, denn es zieht sich am Fuße einer Ufermauer, die die militärische Überwachung ungenem erleichtert, aber andererseits für die Wälder eines Gefängnisses den Abfluß bildet. Die moralische Wirkung dieser Verschickung ist ungewöhnlich. Die Leute verlieren all ihren Mut, sie geben sich von vornherein für verloren. Da ihnen bis jetzt nicht einmal erlaubt war, Briefe zu schreiben, so sehen sich viele materielle und seelisch zugrunde gerichtet. Auf meine Veranlassung wurde in einem Fall verprochen, auf Distanz einen Brief auszulassen. So muß bemerkt, daß es mir schwer war, mit diesen Menschen zu sprechen, da ich mich ihnen nur in ärztlicher und militärischer Begleitung nähern durfte und die Leute sehr eingeschüchtert ausahen.

Ein großer Teil der Choleraerkrankten wurde aus dem am meisten infizierten Gebend nach einem benachbarten Stadtteil übergeführt, woraus offenbar auf der anderen Seite die Gefahr einer räumlichen Verbreitung der Epidemie entspringt. Es ist ein großes, ein furchtbares Gend, und der Hauptgrund dieses Gendes ist — das Gend. Die Cholera ist die Krankheit der Armen und zugleich die Plage, die die Armut an dem Reichum nimmt. Darum, die

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Nitzsche.

Heute, Dienstag, 4 Ringkämpfe:

Rajkowiez, serb. Riese, — Rödel, Bayern.
 Kricheldorf, Westpr., — Westergard, Chv. Amer.
 Pohl, Abs II, Europameister, — Bordel, Meister v. Westpr.
 Paul Börner, Amat. v. Halle, — Angelesko, Rumänien.

Begina der Ringkämpfe 10 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
 Mittwoch zum letzten Male: „Vielloben“, Abschieds-
 Abend für den beliebten Komiker Herrn Carl Elzer.

Sozialdemokratischer Verein, Bitterfeld.

Mittwoch den 23. August abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung

Agendearbeitung: 1. Bericht vom Freitag. 2. Parteifest
 am 3. September.
 Abteilungs-Ergebnisse erwartet. Die Parteilitung.

Sieben erschienen!

Der Neue Weltkalender

für 1912.

Schönweddreihiger Jahrgang.

Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
 Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/43.

Gutgehende Zigarrenfabrik

schöne
 Stadt Thüringen, ohne Konkurrenz, ist umständlicher
 billig zu verkaufen. Gute einger.
 führt Kundhaft. Zu erfragen bei
 G. Normann, Weitzensfeld, Günterberg-
 straße 17.

Essen Sie Ideal-Brot!

Es ist aus reinem, nach patentiertem Verfahren ge-
 wonnenem Roggenmehl hergestellt, ist befehllich, wohl-
 schmeckend, von angenehmem, wärischem Geruch und —
 billig, denn es enthält bedeutend mehr Nährstoffe als
 das jetzt allgemein aus abgetriebnem Wehl hergestellte
 gewöhnliche Brot.

Ideal-Brot erzieht zum Teil die teure Fleischnahrung!
Ideal-Brot ist das Zukunfts- / Volksbrot!

Seine hygienische Hausfrau sollte verschmähen, einen
 Versuch zu machen!
 Verlangen Sie bei Ihrem Bäcker „Ideal-Brot“!

Patent-Kleiderbügel

mit Hosenstrecker 35 Pf.

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Floh-Zod

beflehtig sicher jede

Flohlage.

Flasche 50 Pfg. u. 1. — Wf.

Drogerie Max Rädler,
 nur Kaufstraße 2.

jeder Art
 Möbeltransporte
 R. Wehmann, Bernhardtstr. 35.



Richard Flomming,

Halle a. S., Schmeerstraße 22.
 Optische Anstalt.
 Große Auswahl, billige Preise.

Gänse! Enten!

Garant. leb. Vorküft,
 8 Monate alt, voll-
 fertig, ausgemästet.

10 St. ca. 8 Wf. kuhner Gänse
 32 — Wf. 10 St. Niefengänse
 38 — Wf. 12 St. Enten, groß,
 schwer, 20 Wf. S. Rehnisch,
 Oderberg 201 Siedlitz.

Alle
Gewerkschafts-, Partei- und Arbeiter-
 Vereine lassen sämtliche benötigten
Druck-Aufträge

nur in der Druckerei herstellen, die mit ihnen in engster
 Fühlung steht. Das ist in allen Wahlkreisen der Fall.
 Warum sollte das nicht auch bei uns so sein!
 Ein jedes Mitglied sollte deshalb darauf achten, dass alle
 Druckaufträge nur vergeben werden an die

Hallesche
Genossenschafts-Buchdruckerei
 (e. G. m. b. H.) zu Halle a. S., Harz 42/43.

Frische Knickeier

8 Stück 10 Pf.
 Spezial-Eier-Groß-Geschäft,
 7 Talamtstrasse 2.

Wohnungs- Einrichtungen

in nur solcher Ausführung
 zu
 M. 400 500 600 700 800 etc.
 empfiehlt
G. Schaible,
 Gr. saine Werkstätten,
 Gr. Märkerstr. 26.
 Kataloge gratis und franco.

Waschgefäße,

dauerhaft und billig, gedölte Aus-
 wahl. Billigstei Schillerstr. 1.

Aktuell.
**Die Sozialpolitik der
 Sozialdemokratie.**

Eine sehr zeitgemäße und
 wertvolle Broschüre des
 halleischen Arbeiterfreis-
 tlers Friedrich Mees.
 Jeder Arbeiter muß diese auf-
 klärende Arbeit in eigenen
 Interesse lesen.

Preis nur 25 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Aus-
 träger und durch die
Volksbuchhandlung,
 Halle a. S., Harz 42/43.

Marknetze

mit starken Bügeln bei
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Garantiert vollfette

Tilsiter Käse

78 Pfund Pl.

Hochfeinste speckige

Alpen-Limburger

48 Pfund Pl.

Allerfeinste

Edamer Käse

90 Pfund Pl.

F. H. Krause.

Apollo-Theater.

Direktion: Walter Pöcher.
 Täglich abds. 8.15 Uhr:
Der Weg ins Verderben

Weltaktuelles Lebensbild
 in 4 Akten. (11 Bermanlungen)
 v. Walter Müller u. Stör. v. Lili.
 Musik von Edward Reves.

Kimbeer-Saft

mit feinstem Raffinade cinnetocht,
 p. Pfund 55 Pfg., bei 5 Pfund
 p. Pfund 50 Pfg., empfiehlt
Carl Booch, Breitestr. 1
 und Seitzstraße 61/62.

Standsamtliche Nachrichten.

Geborene: Kaufmann Jacob T.
 (Wahlstraße 13). Giebringer
 Verhagen S. (Wahlstraße 12).
 Scholler Friedr. S. (Gortzstraße 6).
 Scholler Heiderich T. (Steig 19).
 Wästermeister Kupfer T. (Wahl-
 bergstraße 43). Wästermeister
 Georg T. (Wahlstr. 12). Schlotter
 Engelich S. (Wahlstraße 49).
 Schmidt Joh. L. (Wahlbergstra-
 ße 6). Wästermeister Bräuher
 S. (Wahlstraße 14). Wäster-
 meister Dörner S. (Wahlstr. 12).
 76 J. (Friedrichstr. 32). Verlobt
 Schollers Wäster S., 3 Mon.
 (Wahlstr. 12). Verlobt
 Wästermeister Müller, 69 J. (Wahl-
 bergstraße 10). Arbeiter Egel
 brachmann S., 14 J. (Wahlberg-
 weg 10). Scholler Braunmann,
 45 J. (Wahlstr. 12). Arbeiter
 Rübner Lutz, 7 Mon. (Wahl-
 bergstraße 2). Invalide Herr-
 mann, 68 J. (Schillerhof 11 a).
 Arbeiters Wäster S., 1 Woche
 (Wahlstr. 12). Wäster
 Wäster S., 2 J. (Wahlstr. 10).
 Arbeiter Fritzer S., 1 J. (Wahl-
 bergweg 61). Arbeiter Giebringer,
 72 J. (Wahlberg 6). Arbeiter
 Süge T., 5 Mon. (Wahlstr. 6).
 Arbeiter Kellermann S., 2 Mon.
 (Wahlstr. 12). Wäster
 Egel S., 9 Mon. (Wahlstr. 2 a).
 Gabel-Herd (Gr. Brunnerstr. 3a)
 21. August.

Verlobte: Oberlehrer Böhm
 und Marie Schüller (Weiß und
 Friedrichstr. 9).
 Verlobte: Koch Fuß und
 Erna Freemann (Wäster und
 Triftstraße 2a).

Geborene: Hoboff Wäster T.
 (Wahlbergstraße 11). Schlotter
 Beyer S. (Wahlstr. 26).
 Geborene: Arbeiter Wäster
 T., 1 J. (Wahlstr. Wästerstr. 7).
 Wäster Klinger S., 6 Mon.
 (Wahlstr. 37). Arbeiter
 Wäster T., 9 J. (Wahlstr. 37).
 Arbeiter 1. (Wahlstr. 37).
 Arbeiter 77 J. (Wahlstr. 10).
 Arbeiter Wäster, 25 J. (Wahlstr. 12).



Blitz

Die besten Scherens
 die ist. Alleiner Fabrikant
 Carl Gontner, Goppingen.

Dr. Gontner's Nigrin

Verkauf
Kinderwagen
 um zu räumen, 20% unter Preis.
 Mederake, Burgstr. 65.

Alle Uhren, Schmuckstücke etc.
 repariert sehr billig und gut
 Kurt Unger, Seitzstraße 11,
 Eing.: M. Sandberg — kein Laden.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. **Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen.** Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahlungsgeschäfte M. Thiele, Gobenstr. 1. p. Bräuerien F. Günther, Halle a. S. Erbsen, Kohlen Richard Wolf, verlag. Knaigstr.	Werners Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbaha, Köpzigstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Kleppig, Reilstr. 2. Oskar Wäster, L. Wuchererstr. 59. Fleischermeister, Wurstfabriken F. Klostermann, Adolfsplatz 27. Franz Kunze, Burgstr. 59. August Maagold , Morseburger- strasse 105. Robert Schäfer, Köpzigstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1.	Haus- und Küchengeräte K. Kuckenbarg, Rannischestr. 12. Honigkuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeer- strasse 16. Räte und Mützen Friedrich Flietner, Geilstr. 23. Kartonnagen W. Schwell, Wuchererstr. 40. Kaufhäuser Leipzigerstr. 87. H. Elkan, Bekleid.-Gegenst. J. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwaren H. Ackermann, Morseburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 83. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. E. Weinholt, Kleiner Berlin 2. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geilstr. 28. Möbel-Magazine Halle- Magazin Hall. Tischlerstr. 28. Photographische Ateliers Richard Schröder, Stalaweg 17. Schuhwaren C. Menge, Triftstrasse 1.	Schneider- und Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schmitzstr. 7. Spezial-, Möbeltransport O. Kistner & Co., Brunowstrasse 56. Wilh. Müller, Brunnenstr. 53. Uhren- u. Goldwaren Friedrich Hofmann, Grosse Klausstr. 23. Albert Menacke, Gr. Steinstr. 63. A. Schöfer, Leipzigerstr. 92. A. Weise, Kleinschmidten 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. H. Kado Nachf., Leipzigerstr. 98. Max Känzel, Magdeburgerstr. 10.	Wein- u. Woll-Tapisserie Franz Bäume, Lindenstr. 56. Zahn-Techniker Willy Müller, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm. Zigarrenhandlungen F. Feldmann, Königsstrasse 86. F. Schöber, William, Zigarren und Schularikel, Lauchhüttenstr. 15. Ammendorf. Sanitäts-Drogerie, im: H. H. Müller, Ammendorf, Haldensiedl, Haldensiedl, 65. H. H. Müller, 20. A. Hornmann, Urmacherei, O. Forstmann, Beitz-Bein-Anst. W. Wäster, Schuhwaren, P. G. Blank, Kaufhaus, Radebühl.
---	---	---	--	--	---

Zür die Inserate bezamtlich: Rob. Zigaretten — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruck. (e. G. m. b. H.). — Verleger: Hermann Wagner, Leipzig, Markt 11. — Druck: H. H. Müller, Halle a. S.



